

2230/J XXI.GP
Eingelangt am:28.03.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
betreffend schwere Menschenrechtsverletzungen im Sudan aufgrund von
Ölgeschäften der OMV

Das islamistische (nord)sudanesische Regime unter General Omar Hassan Ahmad al Bashir führt seit Jahrzehnten einen grausamen, blutigen Bürgerkrieg gegen die Völker im Süden des Landes. Die reichen **Ölvorkommen** im Land spielen eine zentrale Rolle im Konflikt der Völker. Die Ölfelder liegen zum Großteil in der südlichen Region des Landes, der Profit bleibt aber in den Händen des Regimes. Nach Aussagen von (nord -)sudanesischen Politikern und Regierungsvertretern wird ein wesentlicher Teil der staatlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft (210.000 Barrel Rohöl pro Tag im Jahr 2000) in Waffenkäufe angelegt (327 Mio. US\$ Militärausgaben im Jahr 2000). Waffen, die dann im Bürgerkrieg gegen die südsudanesische Bevölkerung zum Einsatz kommen und eine Politik der „verbrannten Erde“ unterstützen. Was von dem Ölgeld in den Ausbau von Infrastruktur, Sozial - und Bildungswesen gesteckt wird, bleibt im Nordsudan hängen. Die Völker des Südsudans, auf deren Land die auf bis zu drei Milliarden Barrel Rohöl geschätzten Reserven liegen, gehen nicht nur völlig leer aus, sondern sind Vertreibung und Völkermord ausgesetzt.

Im Zusammenhang mit Vorwürfen an die im Sudan aktive kanadische Ölfirma Talisman erstellte im Jänner 2000 John Harker (ein Vertreter des kanadischen Außenministeriums) für den kanadischen Außenminister einen Bericht über die Menschenrechtssituation im Sudan („Human Security in Sudan: The Report, of a Canadian Assessment Mission“). Darin heisst es, dass im August 1999 acht Angehörige des Nuerstamms beim Heglig - Ölfeld umgebracht worden seien und die Präsenz von Ölfirmen im Südsudan die Menschenrechtssituation verschlimmere. Die von den Ölfirmen erbauten Straßen hätten der Armee eine Offensive ermöglicht, und die Luftwaffe benütze das Flugfeld. Die Erschließung der Ölfelder habe zur Vertreibung von zahlreichen Menschen geführt. Auch Berichte von Menschenrechtsorganisationen machen klar, dass die Präsenz der Ölindustrie im Südsudan zumindest solange zur Verschärfung des Konfliktes beträgt, solange es keinen dauerhaften, nationalen Frieden im Land gibt.

Das österreichische Unternehmen OMV Aktiengesellschaft (zu 35% im Besitz der ÖIAG) ist seit Februar 1997 am Explorationsblock 5A im Südsudan mit 26,1% beteiligt, die schwedische Firma Lundin als Betriebsführer mit 40,4%, Petronas (Malaysien) mit 28,5% und die sudanesische Firma Sudapet mit 5%. Die OMV verkündete kürzlich, dass ihre 100%ige Tochterfirma OMV (Sudan) Exploration GmbH einen bedeutenden Ölfund im Sudan getätigt habe. Die Explorationsbohrung „Thar Jath 1“ war die erste in Block 5A, die von diesem Konsortium abgeteuft wurde. Der OMV Vorstand über den erfolgreich‘ abgeschlossenen Fördertest: „OMV

Exploration hat in den letzten Monaten eine beeindruckende Serie neuer Ölfunde getätigt, Thar Jath jedoch hat das Potential, bei weitem der größte Fund zu sein.“ Dieser Erfolg des Geschäftsbereiches Exploration & Produktion der OMV im Sudan sei ein bedeutender Schritt zur Umsetzung der gesetzten strategischen Ziele, die Region Nordafrika/Mittlerer Osten weiter forciert auszubauen. Die Explorationsarbeiten in Block 5A würden weitergeführt - zusätzlich seien seismische Messungen in diesem Block noch für das laufende Jahr geplant. Die Bohranlage werde nun zu „Jarayan - 1“ - 12 km südöstlich des neuen Fundes - verlegt, wo anschließend die Erweiterungsbohrung „Thar Jath - 2“ abgeteuft werden solle, so die OMV in einer Presseaussendung am 5. März 2001.

Die OMV und ihre Tochterfirmen sind nach eigener Darstellung nur zu Explorationszwecken tätig, und zwar in einem Gebiet in der Nähe der Städte Koch, Leer und Adok. Nach Angaben der OMV ist diese Region „praktisch unbesiedelt“.

Den unterfertigten Abgeordneten liegen aber Meldungen gegenteiligen Inhalts vor: Im und im unmittelbaren Umfeld des Block 5A haben sudanesische Regierungstruppen (Government of Sudan - GOS - Truppen) und regierungsnahe Truppen Siedlungen (z.B. Chotyiol, Dhorbor, Guit, Nhialdiu, Kuach) überfallen, ausgeraubt und zum Teil niedergebrannt. Die BewohnerInnen wurden teilweise ermordet oder vertrieben. Tausende Menschen waren und sind auf der Flucht vor den Truppen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Werden Sie im Lichte des Harker - Reports, der bestätigt, dass der Krieg im Südsudan solange andauern würde, solange die Ölindustrie im Einsatz sei, darauf hinwirken, dass die OMV ihre Aktivitäten einstellt? Wenn ja, in welcher Weise, wenn nein, warum nicht?
2. Sollten die Aktivitäten der OMV nicht eingestellt werden: Inwiefern werden Sie auf die Geschäftsführung einwirken, damit sie die Tatsache anerkennt,
 - dass im Explorationsgebiet bzw. in dessen unmittelbarem Umfeld Menschen leben,
 - damit es zu einer Einbindung der lokalen Bevölkerung in sämtliche Entscheidungen betreffend Ölexplorationen und Ölförderungen kommt und
 - damit es zu einer vorübergehenden Einstellung der Ölexplorationstätigkeit kommt, bis ein dauerhafter Friede erreicht ist?
3. Welche weiteren österreichischen Öl - bzw. Infrastrukturprojekte mit oder ohne OMV - Beteiligung sind im Sudan geplant? Wurden dafür und/oder für die Explorationen des Blocks 5A Exportförderungen oder sonstige öffentliche Mittel (Rahmen - II - Kredite, Other Official Flows oder Mittel aus dem Bundesbudget) beantragt oder genehmigt? Wenn ja, welche Projekte, welche Firmen sind daran beteiligt und wieviele Kredite bzw. Mittel wurden in welcher Höhe gewährt?
4. Wie beläuft sich der Schuldenstand der sudanesischen Regierung gegenüber Österreich und ist im Zusammenhang mit den Ölexplorationen ein Schuldenumtausch geplant bzw. wurde ein solcher schon durchgeführt?

5. Stimmt es, dass die OMV zulässt, dass die von ihr und den anderen Ölfirmen erbauten Straßen und Flugfelder von der sudanesischen Armee benutzt werden? Wenn ja, was werden Sie dagegen unternehmen?
6. Welche Flächen werden für die Exploration des Block 5A bzw. für Aktivitäten der OMV in Anspruch genommen und gab es in diesem Gebiet Menschenrechtsverletzungen oder Vertreibungen?
7. Stimmt es, dass im unmittelbaren Umfeld des Block 5A einige Ortschaften bzw. Siedlungen liegen und dass sich in der Stadt Leer noch im Mai des Vorjahres ca. 17.000 Menschen befunden haben, die mittlerweile durch Angriffe von Regierungstruppen vertrieben wurden?
8. Wieviele Menschen wurden bisher im Gebiet des Block 5A getötet oder vertrieben?
9. Stimmt es, dass die sudanesische Regierung im April 2000 Truppen in das Erdöl - Gebiet entsandte, die die umliegenden Dörfer zerstörten und plünderten sowie die BewohnerInnen vergewaltigten und ermordeten? Wieviele Menschen, Dörfer, Häuser waren von diesem Überfall betroffen?
10. Stimmt es, dass Zerstörungen von Häusern, des Viehbestandes und von Feldern durch Truppen der Sudanesischen Regierung an der Tagesordnung sind?
11. Stimmt es, dass diese Politik der „verbrannten Erde“ verfolgt wird, um das Gebiet für die Ölexploration und die spätere Ölförderung menschenleer zu machen?
12. Stimmt es, dass durch die Vertreibungen und die Zerstörung der Dörfer 60% der Bevölkerung von Hilfslieferungen abhängig geworden sind?
13. Stimmt es, dass die sudanesische Regierung notwendige Hilfslieferungen an die Zivilbevölkerung behindert und die Operation Lifeline Sudan unter der Schirmherrschaft der UNO monatlich um Fluggenehmigung ansuchen muss, während den Ölfördergesellschaften uneingeschränkter Zugang nach Upper Nile gewährleistet wird?
14. Die OMV gibt an, kaum Kontakt zur lokalen Bevölkerung zu haben. Halten Sie diese „Vogel - Strauss - Politik“ angesichts der augenscheinlichen Menschenrechtsverletzungen für gerechtfertigt?
15. Wann und in welcher Form hat die OMV die lokale Bevölkerung in ihre Vorbereitungen zur Ölexploration einbezogen?
16. Konnte die Bevölkerung mitbestimmen, wann, in welchem Umfang und ob überhaupt die Ölexploration beginnen sollte?
17. Gab es Bemühungen seitens der OMV, die lokale Bevölkerung in Entscheidungen miteinzubeziehen? Wenn ja, welche?

18. Wie beurteilen Sie das Argument der OMV, man handle nach den „gültigen Gesetzen und Verordnungen“ des Landes, wohl wissend, dass diese im Widerspruch zu den grundlegendsten Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung stehen?
19. Gibt es eine Veröffentlichung aller Verträge der OMV mit der sudanesischen Regierung? Wenn ja, wo sind diese veröffentlicht? Wurden sie auch in einer Form und Sprache veröffentlicht, die für die lokale Bevölkerung verständlich ist?
20. Beinhalten diese Verträge auch Umweltschutzmassnahmen, soziale und Menschenrechtsfragen und wenn ja, welche?
21. Nach Aussagen von (nord -)sudanesischen Politikern und Regierungsvertretern wird ein wesentlicher Teil der staatlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft für Waffenkäufe verwendet - Waffen, die dann im Bürgerkrieg gegen die südsudanische Bevölkerung zum Einsatz kommen. Wie beurteilen Sie diese Aussagen und welche Konsequenzen sind für die österreichischen Firmen daraus zu ziehen?
22. Wie beurteilen Sie, dass der Sprecher der Streitkräfte General Mohammed Osmann Yassin im Juli 2000 verkündete, dass der Sudan dank der Erlöse aus Erdölexporten die Waffenproduktion steigern könne und gegen Ende des Jahres von Waffenimporten weitgehend unabhängig sein würde?
23. Berichte der Gesellschaft für bedrohte Völker, von Amnesty International, Christian Aid sowie Aussagen von Rechtsvertretern und maßgeblichen Kirchenvertretern im Südsudan wiesen darauf hin, dass die Präsenz der Ölindustrie im Südsudan zumindest solange zur Verschärfung des Konfliktes beiträgt, solange es keinen dauerhaften, nationalen Frieden im Land gibt. Welche Initiativen werden Sie zur Entschärfung dieses Konfliktes ergreifen?
24. Welche Massnahmen wurde bisher auf der internationalen Ebene gesetzt, um den Konflikt zu entschärfen und welchen Beitrag hat Österreich dazu geleistet?
25. Welche friedensstiftenden Maßnahmen und Aktivitäten zur Abhaltung der (nord)sudanesischen Regierung von der Weiterführung einer Politik der „verbrannten Erde“ in und um die Ölexplorationsgebiete werden Sie setzen?
26. Welche Massnahmen als Zeichen der Mißbilligung der Bombenangriffe im Süden des Sudans haben Sie gesetzt bzw. werden Sie setzen?
27. Werden Sie das Ende der Menschenrechtsverletzungen in der Ölregion und im gesamten Südsudan zur Voraussetzung jeglicher Zusammenarbeit mit der sudanesischen Regierung machen? Wenn ja, an welche konkreten Schritte ist gedacht, wenn nein, warum nicht und welche sonstigen Massnahmen werden Sie ergreifen?
28. Was werden Sie unternehmen, damit unabhängige BeobachterInnen und JournalistInnen in das Ölgebiet im Südsudan zugelassen werden?